Der oberschlesische Wanderer

Nr. 259
95. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Donnerstag, den 8. November 1923

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 10 Milliarden Mk., für poln. Oberschl. 30000 poln. Mk.

Gegründet 1828

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis für die Woche vom 5.—11. November in Deutsch-Oberschlesien fünfunddreißig Milliarden Mark, in Poln.-Oberschlesien 120000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. — —

Anzeigenpreise: Schlüsselzahl 130 Millionen. Grundzahl: Die einsp. mm-Zeile in Dtsch.-Oberschl. für auswärt. Anzeigen 40 Mk., für Ortsanzeigen 25 Mk., Reklame-mm-Zeile für ausw. Anzeig. 120 Mk., für Ortsanzeig. 70 Mk., Amtl. Finanz- u. Heilmittelanzeigen 50 Mk. In Poln.-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen 20000 poln. Mk., für Ortsanz. 16000 poln. Mk. ohne Schlüsselzahl. Angebots- und Auskunftsvermittlg. 100000000 Mk. u. Porto. Beilagengebühr 100000000 M. %. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord od. bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Englands Geduld zu Ende

R. Rotterdam, 8. November. Daily-News schreibt u. a.: Baldwin hat gestern einer Abordnung der Trade-Union erklärt, der erste Schritt zur Sanierung Europas sei die Neufestsetzung der deutschen Reparationszahlungen. Um diesen Schritt wirksam zu machen, müsse der französischen Praxis ein Halt zugerufen werden. Englands Geduld sei erschöpft. Der politischen und wirtschaftlichen Beunruhigung Europas müsse ein Ende gemacht werden.

Stresemann am Scheidewege

= Berlin, 7. November.

Es war in den letzten Wochen oft nicht leicht, begründete Vermutungen darüber anzustellen, wohindem eigentlich der innenpolitische Kurs des Reichskanzlers gehen würde. Angefeindet mit immer wachsender Heftigkeit von der gesamten Rechten einschließlich des rechten Flügels seiner eigenen Partei, ließ er doch niemals erkennen, daß diese Angriffe ihn irgendwie nach links gedrängt hätten, oder daß er sich ihnen gegenüber auf eine starke Linke stützen wolle. Vielmehr trug sein Vorgehen in Sachsen eiten Charakter, der verständlich machte nur, wenn man das Bestreben annimmt, der Rechten dadurch den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß man beinahe restlos all ihre Forderungen gegenüber Sachsen erfüllte. Was dadurch erreicht wurde, war nur der Austritt der Sozialdemokraten aus dem Kabinett und ein noch verstärkter Ansturm aller rechtsradikaler Kreise. Inzwischen sind nun die bayerischen Sturmtruppen aufmarschiert, und an allen Ecken und Enden rühren sich Deutschvölkische und frühere Baltikumer und wittern Morgenluft. Verzweifelt sendet die thüringische Regierung einen Hilferuf nach dem andern an das Reichskabinett. Die republikanischen Jugendorganisationen aller Parteien verständigen sich und rufen nach Waffen, verzweifelt fast über die einzige Langmut dieser Regierung, die sich scheinbar selbst ihren Feinden ans Messer liefern will. Was geschieht? Die Reichswehr in Thüringen wird verstärkt, und zwar, wie es in einem Schreiben an die thüringische Regierung heißt, um die proletarischen Hundertschaften aufzulösen und die thüringische Landespolizei ihrem Kommando zu unterstellen. Also auch jetzt noch ein blindes Losschlagen nach links und eine unendliche Langmut gegenüber der andern Seite. Die Knebelung der republikanischen Jugend wird von der offiziösen „Zeit" als grober Unfug bezeichnet. Durch Ebert's Eingreifen hat sich aber das Reichskabinett wenigstens einen Aufruf abgerungen, der das deutsche Volk vor den Putschisten und Reichszerstörern warnt, ohne daß das Wort Republik ein einziges Mal darin vorkäme.

Es ist nicht anzunehmen, daß Dr. Stresemann, der doch ganz genau wissen muß, was er von den Lexten um Kahr und Hitler oder auch von deren um Hennig und Wulle zu erwarten hat, alle diese Dinge aus bloßer Fahrlässigkeit geschehen läßt. Vermutlich liegt seine Taktik darin, dem Rechtsradikalismus gegenüber bis an die alleräußerste Grenze der Nachgiebigkeit und der Geduld zu gehen, um ihm im Falle des Losschlagens die ungeteilte Verantwortung an der Zerstörung des Reiches aufbürden und mit desto ungehemmterer Schärfe aus der Defensive zur Offensive übergehen zu können. Dennoch, dieses Lavieren hat seine schweren psychologischen Gefahren. Es entmutigt und erbittert die wirklichen Freunde der Republik, vor allem in der Jugend, und es läßt den Helden vom neuen Umsturz, die sich sonst nicht gerade durch übermäßigen Mut auszuzeichnen pflegen, täglich mehr den Kamm schwellen. Auch Herr Geßler sollte sich sagen, daß es seine eigenen Parteifreunde immerhin eigentümlich berühren muß, wenn die „Berliner Volkszeitung" wegen Lappalien verboten wird, während die deutschnationalen Organe der Reichshauptstadt eine Sprache führen dürfen, die sie seit den Tagen des Kapp-Putsches nicht mehr gewagt hatten. Der Kanzler irrt, wenn er glaubt, um die Entscheidung herum zu kommen. Die Entscheidung steht vor der Tür; umsomehr sollte er darauf bedacht sein, die Schar derer, die bereit sind, für die Republik sich opferfreudig einzusetzen, nicht zu beirren und an Sinn und Zweck ihre Opferfreudigkeit in bange Zweifel zu stürzen.

Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet

TU. Berlin, 8. November. Die wichtigsten Gründe für den Währungsverfall der letzten Tage, sind darin zu suchen, daß es infolge der außerordentlichen Verzögerung des Vertragsabschlusses zwischen der Ruhrindustrie und Frankreich zu einer ungewöhnlichen Steigerung der Zahl der Arbeitslosen im Ruhrgebiet (die Ziffern für das Ruhrgebiet allein sind über zwei Millionen gestiegen) kam, deren Unterstützung ungeheuerliche Papiermarksummen erfordert.

Vergebliche Verständigungs-Versuche

Cb. Genf, 8. November. (Eig. Ber.) **Der Herald meldet aus New-York: Die gestrige Konferenz des französischen Botschafters mit dem Staatssekretär Hughes hat keinerlei Annäherung des französischen Standpunktes an die amerikanischen Bedingungen hinsichtlich der Konferenz über die deutsche Zahlungsfähigkeit gebracht. Man rechnet in New-York bereits damit, daß Amerika unter diesen Umständen endgültig der Konferenz fern bleiben wird.**

Bayern als Vorbild

Verbot der Brotpreis-Erhöhung — Beschlagnahme der Mehl-Vorräte

Cb. **München, 8. 11. (Eig. Ber.) Der bayerische General-Staatskommissar verbot jede neue Brotpreis-Erhöhung in Bayern. Die Beschlagnahme der Mehl-Vorräte bei den Großhändlern förderte soviel Mehl zu Tage, daß die Versorgung der Bevölkerung zum jetzigen Brotpreis auf mindestens 14 Tage gesichert ist, ohne Rücksicht auf die weiteren Sprünge des Dollars.**

(Ist eine solche Maßnahme nicht im ganzen Reiche möglich? In Berlin ging der Brotpreis weil der Dollar wieder in die Höhe kletterte, auf 105 Milliarden Mark.)

Die Steigerung der Lebenshaltung

T.-U. Berlin, 7. Nov. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für Montag, den 5. November, auf das 88,5 Milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (13,97 Milliarden) beträgt demnach 420,5 vom Hundert. Für den Durchschnitt des Monats Oktober berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 3657 Millionenfache gegenüber dem 15 Millionenfachen im Durchschnitt des Monats September. Die Steigerung beträgt somit 24280 vom Hundert. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt Oktober auf das 3265 Millionenfache, die Ernährungskosten allein auf das 4301 Millionenfache der Vorkriegszeit gestiegen.

(Diesen Riesenziffern gegenüber erscheinen die Gehälter und Löhne im Vergleich zur Vorkriegszeit wie Tropfen auf heiße Steine. Die wirkliche Lebenshaltung des Volkes ist auf den Hungerpunkt herabgedrückt.)

Politische Arbeiterräte

(!) Berlin, 8. November. In den Berliner Fabriken erfolgen seit heute früh Abstimmungen über die Wahl politischer Arbeiterräte behufs Durchführung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland.

Vormarsch der Reichswehr

Cb. Weimar, 8. Nov. (Eig. Ber.) **Der Vormarsch der Reichswehr in Thüringen geht ohne Unterbrechung vor sich. Die Truppen haben gestern Weimar und Buttstedt erreicht. Eine Anzahl bekannter Kommunisten und viele Russen wurden gestern in Gotha festgenommen.**

München und Berlin

Cb. München, 8. Nov. (Eig. Ber.) Wie die bayrische Staatszeitung gestern abend feststellt ist in den Verhandlungen mit Berlin ein Resultat bis zur Stunde nicht erzielt.

Der Industrie-Vertrag

Cb. Essen, 8. November. (Eig. Bericht.) Wie der Duisburger Generalanzeiger meldet, tritt das Stinnes-Abkommen voraussichtlich schon am 15. November in Kraft. Auch die Wirtschaftsabkommen der übrigen Groß-Industriellen sollen bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein.

Die Mark gestrichen

(!) Rotterdam, 8. November. (Privat.) **Der „Courant" meldet: An den Börsen von Rotterdam und Amsterdam ist die deutsche Mark offiziell gestrichen worden, nachdem seit Wochen so gut wie keine Abschlüsse in deutscher Mark von den Maklern mehr getätigt wurden.**

Das Hin und Her der Regierung

Ausgabe der Rentenmark erst am 15. November

R. **Berlin, 8. November. Nachdem am Sonntag der 10. November bestimmt worden war, wurde die Ausgabe der Rentenmark nunmehr auf den 15. November verschoben.**

T.-U. Berlin, 8. Nov. Nach langen Beratungen hat heute das Reichskabinett endlich die entscheidenden Beschlüsse in der Währungsfrage gefaßt. Das Kabinett hat davon abgesehen, schon jetzt einen festen Umrechnungskurs zwischen Papiermark, Goldanleihe oder Rentenmark festzusetzen. Dieser Kurs wird vielmehr erst in dem Augenblick festgesetzt werden, indem die Rentenmark endgültig in Wirksamkeit tritt. Die Rentenmark wird auf alle Fälle, wenn keine Streiks die Druckaufträge hemmen, am 15. November praktisch in den Verkehr kommen. Um dann auf dem Markt befindliche Papiermassen rascher auffangen zu können, hat sich die Regierung entschlossen, zu der ersten Goldanleihe von 500 Millionen Goldmark und der zweiten nur in ganz großen Stücken die in diesen Tagen aufgelegte Goldanleihe von 300 Millionen-Goldmark, eine dritte Goldanleihe in Höhe von weiteren 300 Millionen Goldmark aufzulegen, die ebenfalls durch Steuern und zwar durch eine neue besondere Steuerart gedeckt und getilgt werden soll. Zu welchem Kurse Papiermark gegen diese Goldanleihe eingewechselt wird, kann vor der Stillegung der Notenpresse selbstverständlich nicht mitgeteilt werden. Doch wird der Kurs in dem Augenblick veröffentlicht, in dem die Notenpresse endgültig stillgelegt, d. h. keine Schatzanweisungen für das Reich ohne entsprechende Deckung ausgegeben werden.

Die Mark-Sorgen

Einlösung der Papiermark. — Der Umtauschkurs.

§§ Gleiwitz, 7. November.

Die Not wächst, die Hitze der politischen Erregung steigt, Plünderungen und Pogrome in den verschiedensten Städten wechseln miteinander ab. Tausende von hungernden Menschen laufen verzweifelt durch die Straßen. In den Familien herrscht lähmendes Entsetzen über die wahnwitzig gestiegenen Preise. Was tun die Behörden? Wo ist die Regierung? Warum wird dem Grunde der Teuerung, dem Währungsverfall, nicht endlich entschlossen zu Leibe gegangen? Wozu dieses Zögern Tag für Tag? Wie kommt es, daß die Papiermark trotz der Ausgabe wertbeständigen Geldes immer noch nicht stabilisiert ist und was wird mit der Rentenmark geschehen? Diese Fragen bewegen jeden Deutschen, der noch noch und aufrecht genug ist, um über seine trostlose Lage nachzudenken. Man muß sich allerdings: Seit Ende voriger Woche wird im Reichsfinanzministerium fast ununterbrochen über die Einlösung der Papiermark, über die neuen wertbeständigen Zahlungsmittel beraten. Hinzugezogen waren wieder die üblichen „Sachverständigen", die zum größten Teil der Finanz- und Bankwelt angehören und durchaus nicht das Interesse des Durchschnittsverbrauchers vertreten. Aber Minister Dr. Luther war schließlich doch so weit, dem Kabinett einen Umrechnungssatz vorzuschlagen. Die Gelegenheit war trotz aller Sorgen und Nöte die denkbar günstigste: Ein Dollar gleich 420 Milliarden, eine Goldmark gleich 100 Milliarden. Das kommt nicht so schnell wieder. Das entsetzliche Rechen- und Schreibwerk, unter dem seit Jahr und Tag die ganze Wirtschaft seufzt, wäre höchst wohltuend vereinfacht.

Aber da stellen sich schon wieder Bedenken ein: Haben wir die nötigen Mittel, um den ausgerufenen Kurs dauernd einzuhalten? Zum Umtausch gehört auf der einen Seite Papiergeld, auf der anderen Seite das wertbeständige Zahlungsmittel. Papiergeld schwimmt in Trillionenmassen herum. Aber wird es sich wirklich zum Austausch bei den Reichskassen einfinden? Wird das Publikum vielleicht damit zurückhalten, weil es auf einen besseren Kurs hofft? Und wenn nicht, wenn der Ansturm wächst, wird man nicht immer neues Papiergeld von der Reichsbank fordern, um das „gute Geschäft" zu machen? Neues Papiergeld darf aber in dem Augenblick, da der Umrechnungskurs als Zwangskurs erklärt wird, nicht mehr gedruckt werden. Sonst steckt die Inflation auch die sogenannten wertbeständigen Zahlungsmittel an, und alles ist verloren. Auf der anderen Seite muß das wertbeständige Geld streng im Rahmen der Deckung bleiben. Die Goldanleihe also in der Höhe von 500 Millionen Goldmark Umlaufgeld. Wenn aber die kommunalen und industriellen Notgeldausgaben über die Deckung hinausgehen? Oder wenn, wie es soeben vorgekommen ist, ganze Pakete mit 1000 Stück 5 Dollar-Schatzanweisungen im Neubau der Reichsschuldenverwaltung zwischen den Bauschutt fallen und dort „gefunden", aber nicht abgeliefert werden? Dann geht das wertbeständige Geld sehr bald den Weg der alten Assignaten.

Solcherlei Bedenken kamen also zwischen die Beratung des Reichsfinanzministeriums mit den Sachverständigen. Man half sich mit einer neuen Devisenordnung. Der Reichspräsident bestimmte am 5. Nov. als Notmaßnahmen: Die Papiermark muß bei Tauschgeschäften zum jeweiligen amtlichen Goldkurse genommen werden. Also Zwangskurs bei weiterer Inflation und nach Maßgabe der recht anfechtbaren Berliner Notierung. Mit solchen Mitteln will man zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, immer noch die Katastrophe aufhalten.

Dazu kommen noch andere Mißhelligkeiten: Die Gründer und Organisatoren der kommenden Rentenbank haben es dem Reichsfinanzministerium sehr übel genommen, daß es neue, 6 prozentige Goldschatzanweisungen bis zu einem Betrage von 300 Millionen Goldmark ausgibt. Das sei keine Stützung der 500 Millionen auszugebender Goldanleihe, sondern Unterhöhlung, neue Inflation und werde auch die Rentenmark untergraben. Umgekehrt geht das Gerücht, die Rentenbank verzögere die Rentenmark-Ausgabe absichtlich, weil man ihr mit der Goldanleihe zuvorgekommen sei und weil sie den politischen Umsturz abwarten wolle, um sich bei einer neuen rechtsstehenden Regierung ins wärmere Bett zu legen. Ein rascher, fester Entschluß der Regierung über den Umtauschkurs Goldmark — Papiermark, und die Luft wäre von solchen Stänkereien gereinigt.